



Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 08.05.2021

1 **Für Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und Barrierefreiheit**

2 In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen
3 selbstverständlich werden. Das betrifft die analoge und auch die digitale Barrierefreiheit. Zur Teilhabe
4 gehören für uns die Mitentscheidung, Mitgestaltung und Mitverantwortung, kurz die Partizipation. Daher
5 wollen wir neben besseren Chancen für Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt auch die
6 Schwerbehinderten-vertretungen in den Betrieben sowie die politische Selbstvertretung stärken. Unsere
7 Ziele sind: die gesellschaftlichen Entwicklungen im Sinne von mehr Demokratisierung und Partizipation
8 gestalten und inklusionsfreie Räume weitestgehend reduzieren. Das spiegelt sich in konkreten Feldern
9 wie zum Beispiel: Arbeit, Bildung, Wohnen, Mobilität und Sport wider.

10

11 Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und gezielte Förderung

12 Menschen mit Behinderungen stehen oft vor großen Herausforderungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt.
13 Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sollen deutlich verbessert werden. Wir wollen einen inklusiven
14 Arbeitsmarkt weiter ausbauen und setzen uns dafür ein, dass eine einheitliche Ansprechstelle für
15 Arbeitgeber*innen kleiner und mittlerer Unternehmen geschaffen wird. Diese Stelle soll die
16 Arbeitgeber*innen darüber informieren, welche Möglichkeiten sie haben, Menschen mit Behinderungen
17 einzustellen. Denn sehr viele Menschen mit Behinderungen sind gut oder sogar sehr gut ausgebildet und
18 in Zeiten des Fachkräftemangels begehrte Arbeitskräfte. Wenn Arbeitgeber*innen sich dafür entscheiden,
19 einen Menschen mit Behinderung einzustellen, soll die einheitliche Ansprechstelle den Arbeitgeber*innen
20 die Laufwege abnehmen. Die einheitliche Ansprechstelle übernimmt den Kontakt zur Agentur für Arbeit
21 wegen möglicher Lohnzuschüsse oder auch den Weg ins Integrationsamt wegen möglicher Umbauten zur
22 Barrierefreiheit.

23 Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigungsverhältnisse von Menschen mit Behinderungen genau
24 so stabil sind wie die Beschäftigung der Menschen ohne Behinderung. Einem disproportionalen Anstieg
25 ihrer Arbeitslosigkeit wollen wir mit gezielter Qualifizierung und Förderung begegnen. Dadurch sollen die
26 beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten der Menschen mit Behinderung gestärkt und ihre Potentiale
27 weitgehend unterstützt werden. Zur Stabilisierung ihrer Beschäftigung sollen auch Probleme beim
28 Übergang von der Schule in den Beruf überwunden und die Möglichkeiten zum Übergang von Werkstätten
29 für Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt ausgebaut werden. Hierfür werden wir
30 die bestehenden Kooperationen auf der kommunalen Ebene und die Rolle der Werkstätten bei den
31 erfolgreichen Übergängen in den allgemeinen Arbeitsmarkt deutlich ausbauen. Zudem wollen wir
32 Lohndiskriminierung von Menschen mit Behinderung vermeiden.

33 Für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die Beschäftigungsquote nicht oder in sehr geringen Umfang
34 nachkommen, werden wir die Höhe der zu leistenden Ausgleichsabgabe deutlich erhöhen und diese
35 zusätzlichen Mittel für Maßnahmen einsetzen, die die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt spürbar verbessern.
36 Wir wollen den Zugang zu passgenauen individuellen beruflichen Bildungsmaßnahmen ausbauen, die
37 Antworten auf die individuellen Herausforderungen der Menschen mit Behinderungen in einer
38 globalisierten und digitalisierten Arbeitswelt mit ständig steigenden Anforderungen geben. Wir setzen

„TEILHABE UND BARRIEREFREIHEIT“

39 uns für die gezielte Qualifizierungsunterstützung und den Barrierenabbau auf dem Weg zu erfolgreichen
40 Karrieren der Menschen mit Behinderungen und für die Anwendung technischer und digitaler Hilfen ein,
41 die ihnen eine erfüllende und selbstbestimmte Beschäftigung ermöglichen.

42 Ferner wollen wir diejenigen Menschen mit Beeinträchtigungen stärker in den Blick nehmen, die nicht auf
43 die gesetzlich geregelten Nachteilsausgleiche für schwerbehinderte Beschäftigte zurückgreifen können.
44 Vor allem die Zahl der Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen wächst und macht einen großen
45 Anteil unter den Erwerbsminderungsrenten aus. Frühzeitige und niedrigschwellige Angebote sind
46 notwendig, um einen (Wieder-)Einstieg in das Arbeitsleben zu erleichtern.

47 Digitalisierung und Zugang zu Bildung, Beruf und digitalen Leistungen

48 Die Digitalisierung einschließlich der Künstlichen Intelligenz verändert die Welt in grundlegender Weise.
49 Dies betrifft unter anderem den technischen Zugang und die Kommunikationswege, aber auch die
50 veränderten Bildungsvoraussetzungen und den steigenden Weiterbildungsbedarf. Es fehlen
51 Untersuchungen, die klären, inwieweit Menschen mit Behinderungen spezifisch von den damit
52 einhergehenden Chancen und Risiken betroffen sind. Offensichtlich ist jedoch, dass mit der Corona
53 Pandemie ein Boom an digitalen Angeboten eingesetzt hat, die bspw. für blinde und sehbehinderte
54 Menschen und Menschen mit Lernbehinderungen und Verständnisschwierigkeiten oft nicht nutzbar sind.
55 Dazu gehört auch die digitale Vermittlung von Lehrinhalten im Bildungsbereich. Wir brauchen daher
56 rechtliche Rahmenbedingungen, die Barrierefreiheit im Bereich von Information und Kommunikation
57 auch für den privaten Bereich definiert und verbindlich vorschreibt. Das digitale Lernen in den Schulen
58 sowie das lebenslange Lernen, das immer öfters auf die digitalen Plattformen zurückgreift, müssen
59 ausnahmslos barrierefrei sein. Nur so ist ein inklusives Lernen überhaupt vorstellbar.

60 Bewusste Entwicklung von barrierefreien Produkten

61 Für Teilhabe und ein gutes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung ist nicht nur eine
62 analoge, sondern auch eine umfassende digitale Barrierefreiheit notwendig. Ein Besuch eines digitalen
63 Unterrichts, die Teilnahme an einer virtuellen Konferenz oder ein Besuch einer digitalen Sprechstunde
64 beim Arzt müssen für alle problemlos möglich sein. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die
65 Barrierefreiheit zum festen Standard in unserer analogen und digitalen Welt wird, wie Brandschutz oder
66 eine gute Firewall. Die Barrierefreiheit muss zudem auch ein fester Bestandteil der Ausbildung aller
67 Entwickler*innen der analogen und digitalen Produkte werden. Ein systematisches Bewusstsein für die
68 Situation der Menschen mit Behinderung ist notwendig für Entwicklung der barrierefreien Produkte.

69 Auch die Förderung der Leichten Sprache ist in diesem Zusammenhang zu unterstützen. Denn ein
70 bedeutender Teil der Bevölkerung ist auf Leichte Sprache angewiesen, weil sie Alltagssprache und -texte
71 schlecht verstehen, die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen oder auch zum Beispiel, weil sie
72 mit zunehmendem Alter Verständnisschwierigkeiten bis hin zur Demenz entwickelt haben.

73 Leichte Sprache

74 Wie wollen, dass die Leichte Sprache generell für alle öffentlichen Stellen selbstverständlich wird. Viele
75 Menschen haben Probleme, das Amtsdeutsch von Behörden zu verstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass
76 alle öffentlichen Stellen auch Angebote in Leichter Sprache machen müssen. Das bedeutet vor allem:
77 Kurze Sätze, Piktogramme und keine Fremdwörter. Auch die technischen und digitalen
78 Kommunikationshilfen, die Gebärdensprache oder die Untertitelung sollen eine Selbstverständlichkeit
79 werden.

80 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

81 Barrierefreiheit ist vor allem in den Kommunen - und hier vor allem im ländlichen Raum - wichtig. Die
82 Kommunen haben allerdings vielfach nicht die Mittel, um eine Barrierefreiheit in der Fläche umzusetzen.
83 Darum brauchen wir ein Bundesprogramm Barrierefreiheit, das an vielen Stellen dort unterstützt, auch
84 durch finanzielle Mittel, wo die Umsetzung stockt. Das Programm soll einen wesentlichen Beitrag zur
85 Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen in der Stadt und auf dem Land leisten.
86 Die Förderung von barrierefreien kleinen Bahnhöfen mit einem Fahrgastaufkommen von bis zu 1000
87 Menschen am Tag könnte ein Schlüsselprojekt für gelungene Inklusion im öffentlichen Verkehrsbereich
88 sein. Diese Bahnhöfe machen 70 % aller Stationen der Deutschen Bahn AG aus. Wir werden uns dafür
89 einsetzen, dass der Umbau der Verkehrsinfrastruktur möglichst schnell erfolgt.

90 Barrierefreier Wohnraum

91 Seinen Wohnort frei zu wählen, ist wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Wir setzen
92 uns dafür ein, dass der große Mangel an barrierefreiem bzw. allgemein zugänglichem Wohnraum
93 behoben und die barrierefreie Erschließung von Gebäuden und die barrierefreie Ausstattung von
94 Wohnungen durch eine Koppelung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus an eine hinreichend
95 barrierefreie Ausgestaltung gewährleistet werden. Der barrierefreie Wohnraum soll auch ein langes Leben
96 in den eigenen vier Wänden ermöglichen und verhindern, dass es bei Pflegebedürftigkeit zur
97 Überforderung der Pflegebedürftigen und der Angehörigen kommt. Hierfür wollen wir aufgrund der
98 bisherigen Erfahrungen der Krankenkassen neue Regelleistungen ermöglichen, die ein möglichst langes
99 und glückliches Leben zuhause erlauben. Zudem wollen wir die Rahmenbedingungen der Hilfe zum
100 Wohnen überprüfen. Sie muss die Nutzung der Wohnung möglich machen.

101 Auch unterstützte Formen des gemeinwohlorientierten Wohnens und die Wohnsituation von Menschen
102 mit Pflegebedarf werden wir weiterentwickeln und finanziell fördern. Vor allem im Fall geistiger und
103 schwerer körperlicher Beeinträchtigungen leben zunehmend auch jüngere volljährige Kinder noch bei
104 ihren Eltern. Übergänge aus dem Elternhaus müssen erleichtert werden, soziale Netzwerke der
105 erwachsenen Kinder gestützt und die Belastung der Eltern gemildert werden.

106 Kinder und Jugendliche

107 Die meisten Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigung leben zuhause. Eine zeitgleiche
108 bedürfnisgerechte Entwicklung der Kinder mit und ohne Behinderungen setzt voraus, dass die
109 individuellen Bedingungen in den Familien, die strukturellen gesellschaftlichen Anforderungen und das
110 professionelle Hilffsystem besser aufeinander abgestimmt werden. Für uns ist es wichtig, dass die
111 Entwicklung und die Bedürfnisse der Kinder von der Geburt bis zum Erwachsenenalter in den Blick
112 genommen werden. Die Bereitstellung von Dienstleistungen und Infrastruktur für Kinder und Jugendliche
113 mit Behinderungen erfolgt zum allergrößten Teil auf kommunaler Ebene. Wir setzen uns dafür ein, dass
114 dies auf die Ausrichtung und Qualität der Leistungen keinen Unterschied machen darf. Wir werden die
115 Bedürfnisse der Betroffenen, Schnittstellenprobleme und Lösungen auf der Grundlage des neuen Gesetzes
116 zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen klären. Der Erwerbsumfang, den Eltern mit der
117 Verantwortung für ein behindertes Kind leisten können, muss dabei besonders berücksichtigt werden.

118 Sport

119 Zum aktiven Leben gehört Sport dazu. Er wird von vielen Menschen mit Behinderungen sehr gerne
120 betrieben. Die Erfolge deutscher Sportler*innen mit Behinderungen sind beachtlich. Aber es gibt
121 Herausforderungen, die überwunden werden müssen. Wir wollen den Behindertensport stärken und

„TEILHABE UND BARRIEREFREIHEIT“

122 zusammen mit den Behinderten- Sportvereinen für mehr Bewusstseinsbildung für die Situation der
123 Menschen mit Behinderung im Sport und in der Gesellschaft kämpfen. In den Schulen brauchen wir eine
124 leistungsgerechte Benotung von Schüler*innen mit Behinderung im Sport und auch einen Austausch
125 darüber, wie Inklusion im und durch Sport erfolgen kann. Wir unterstützen den Ausbau der Sportangebote
126 für Menschen mit Behinderung und wollen uns dafür einsetzen, dass die notwendigen angepassten
127 Trainingsmittel, Geräte und Prothesen zugänglich sein können und die Trainingsmethoden für
128 Sportler*innen mit Behinderung bewusst weiterentwickelt werden.

129 Politische Partizipation

130 Wir wollen die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden im Sinne
131 des Leitsatzes der UN-Behindertenrechtskonvention „Nichts über uns ohne uns“ fördern. Für eine
132 wirksame und aktive Beteiligung aller Gruppen von Menschen mit Behinderungen gehört der Auf- und
133 Ausbau barrierefreier Strukturen und Prozesse in den Parlamenten und in den politischen Parteien und
134 Stiftungen auf allen Ebenen der parlamentarischen Demokratie. Die SPD setzt sich dafür ein,
135 Bewerber*innen mit Beeinträchtigungen, die Interesse für ein Mandat haben, individuell und gezielt zu
136 fördern und finanziell zu unterstützen.